

Beginn der Unsicherheit

ENVIO Redaktion

Die Unsicherheit die Venezuela gerade erlebt, erzeugt ein Echo in Nicaragua.
Wird die venezolanische Zusammenarbeit eine Unterbrechung erfahren?
Wird sie sich verringern? Werden sich die Bedingungen des Erdölabkommens verändern?
Oder wird sich lediglich der Spielraum verringern, über den die Regierung bis jetzt verfügt?
Der Beginn der Unsicherheit ist sehr gegenwärtig.

Am 18. Dezember, in Nicaragua Nationalfeiertag, erfuhr die venezolanische Konjunktur eine dramatische Wende. Die schwere Erkrankung von Präsident Chávez*), von ihm selbst durch die „absolute, unwiderrufliche und vollständige“ Bestimmung seines Nachfolgers belegt, blieb bestehen. Das was in der Ära nach Chávez geschieht, ist wegen des Mandatsträgers selbst noch offen, wird in ganz Lateinamerika und darüber hinaus Auswirkungen haben, auch in Nicaragua. Im Unterschied zu der entscheidenden Rolle welche die Regierung von Cuba, ein weiterer Beobachter der unsicheren Entwicklung in Venezuela, im venezolanischen Übergangsprozess spielt, muss die Regierung von Daniel Ortega sehr viel besorgter sein als er das erkennt.

Die Süd-Süd-Zusammenarbeit

Jenseits seiner Erfolge zugunsten der Ärmsten in Venezuela, sind das wichtigste Erbe das Hugo Chávez in Lateinamerika hinterlässt, seine wirtschaftlichen und kulturellen Initiativen, um Fortschritte in den Beziehungen Süd-Süd zu erreichen, was das Bemerkenswerteste der letzten Jahre darstellt. Das ALBA -Bündnis¹⁾, das eine sehr interessante Alternative gegen das US-amerikanische Projekt ALCA ²⁾ darstellt, das erfolglos versuchte, eine Nord-Süd-Freizone zu schaffen, und die Fernsehserie Telesur, die unter dem Motto „Unser Norden ist der Süden“, von Caracas aus in den Kontinent und die Welt hinein sendet, ist ein Gegengewicht zu den großen Fernsehketten des Nordens. Beides hat dazu beigetragen, dass Lateinamerika sich heute in schwer zu messendem, unantastbarem Ausmaß selbst mit anderen Augen sieht und unsere Länder aus der Sicht anderer Breitengrade, über mehr Würde, Leistungsfähigkeit und Einfallsreichtum verfügen. Dadurch sollten sie mehr beachtet und mehr respektiert sein.

Völker schauen nach Süden

Es war Dionisio Marengo, ehemaliger FSLN-Bürgermeister von Managua, der während seiner Amtszeit (2004 – 2008) im Jahre 2006 in Nicaragua die Türe für die Zusammenarbeit mit Venezuela im Bereich Erdöl öffnete. Das Angebot Venezuela war sowohl neuartig als auch großzügig: die Versorgung mit Brennstoff zu extrem entgegenkommenden Zahlungsbedingungen. Marengo besuchte Caracas als Vertreter des nicaraguanischen Gemeindeverbandes (AMUNIC). Die von der FSLN regierten Gemeinden waren die ersten, die von dem Petrocaribe- Abkommen profitierten. Begeistert von diesem Projekt erklärte Marengo, dass die ersten Öllieferungen in unser Land „ein Zeichen der Ermutigung für das nicaraguanische Volk waren“. Eine Ermutigung für die gesamte Region wird das sein: „Für unsere Völker, die durch die hohen Brennstoffpreise belastet sind. Das Beste was den zentralamerikanischen Völkern geschehen könnte wäre, wenn ihre Regierungen nach Süden schauen würden und wir uns in den Prozess der solidarischen Integration eingliedern würden, der besonders von Venezuela und seiner bolivarianischen Revolution ausgeht“ sagte damals Marengo. Im Jahre 2007, als Daniel Ortega und die FSLN an die Regierung zurückkehrten, wurde das Petrocaribe-Abkommen auf das ganze Land ausgedehnt, und Nicaragua trat auch dem Projekt ALBA bei. Zu dem Öl-Abkommen kamen mit den Jahren durch andere Formen der Zusammenarbeit in reichem Maße andere Ressourcen hinzu (Kredite, Investitionen, Exporte). Schon 2011 entsprach der Wert aus der venezolanischen Zusammenarbeit 40% dessen, was die Regierung aus Steuern einnahm, eine Zahl, die den Umfang der Beziehungen veranschaulicht, aber auch die enorme Abhängigkeit von Venezuela, in der sich Nicaragua heute befindet.

Mehr als ein Rettungsinsel

In einer Lage in welcher der Fluss der traditionellen europäischen Zusammenarbeit sich wegen der internationalen Wirtschaftskrise verringert hat, weil Europa die Zusammenarbeit mit Afrika, geographisch näher, aber auch ärmer, privilegiert hat, fand Nicaragua, immer von externen Ressourcen abhängig, in Venezuela mehr als eine Rettungsinsel. Es fand ein Motorboot, eine Fregatte, ein Schiff.

* **Präsident Hugo Chávez Frias starb am 05. März**

1) (ALBA = Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América, Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika),
2) (ALCA = Área de Libre Comercio de las Américas, Freihandelszone der Amerikas)

Kein anderer Regierender hätte sich so auf Nicaragua festgelegt und dort verpflichtet, wie dies Präsident Chávez tat. Und jeder andere Regierende hätte sich nur zu besseren Bedingungen an Bord dieses Schiffes begeben. Nach Daten der Zentralbank summierte sich die venezolanische Zusammenarbeit in ihren verschiedenen Ausprägungen seit Daniel Ortega 2007 an die Regierung kam, bis zum ersten Halbjahr 2012, auf 2,252 Milliarden US-Dollar. Diese Summe stellt 23% des BIP des Jahres 2011 dar. Im Rahmen der ALBA- Allianz erfuhr auch der Handel ein bedeutendes Wachstum. Die Warenausfuhren nach Venezuela stiegen von 6 Millionen US-Dollar im Jahre 2007 auf 417 Millionen US-Dollar in 2012 an. Der Gesamtwert von Ausfuhren an Lebendvieh (Jungkühe und –stiere). Fleisch, Milch, Kaffee, Speiseöl, roten und schwarzen Bohnen zwischen 2007 und 2012 addiert sich auf mehr als 2,6 Milliarden US-Dollar. Die Öffnung des Handels mit Venezuela hat eine positive Auswirkung, sie verringert die Abhängigkeit, die Nicaragua traditionell vom US-amerikanischen Markt gehabt hat.

Wie nutzt man diese Vorteile: hier sind die Einzelheiten

Das Erdölabkommen mit seinen ausgezeichneten Zahlungsbedingungen steht im Zentrum der Zusammenarbeit, die aus Caracas zu uns kommt. Die Regierung von Nicaragua zahlt bezogen auf den internationalen Ölpreis für die Rechnung von 11 Millionen Fass Erdöl und Brennstoffen die Chávez jährlich gemäß des Petrocaribe-Abkommens nach Nicaragua liefert, nur die Hälfte. Die andere Hälfte der Rechnung wird man mit einer Zahlungsfrist von 25 Jahren begleichen, zwei Jahreslieferungen bleiben kostenlos, der Rest ist mit 2% Zinsen zu zahlen. Diese bequeme Zahlungsweise ist das „Herz“ der venezolanischen Zusammenarbeit.

Die auf diese Weise aus dem Verkauf von Öl aus dem Petrocaribe- Abkommen stammenden Mittel verfünffachten sich zwischen 2007 und 2011 auf eine Summe von 564 Millionen US-Dollar. Diese Geldmenge entspricht der gesamten durchschnittlichen jährlichen Hilfe, welche Nicaragua während der fünf Jahre der Regierung Bolaños aus der internationalen Zusammenarbeit erhielt.

Die Entscheidung der Regierung diese und andere üppigen Mittel die aus der venezolanischen Zusammenarbeit im Land verbleiben außerhalb des Staatshaushaltes zu verwalten, dies übernimmt die Finanzgesellschaft ALBA-CARUNA 3) um auf diese Weise einen beliebigen Gebrauch der Mittel machen zu können, ohne das es eine Kontrolle gibt, die einen transparenten Umgang mit den Ressourcen gewährleistet, erlaubt es, von einer gigantischen „Privatisierung“ der venezolanischen Zusammenarbeit in den Händen der Regierungspartei zu reden. Und es erlaubt auch zu behaupten, dass diese Mittel die Korruption und den lasterhaften Klientelismus, der in der lateinamerikanischen politischen Unkultur verwurzelt ist, auch in Nicaragua, genährt haben. Eines Tages wird zu bewerten sein, wie viel die venezolanische Großzügigkeit dazu beigetragen hat, diese Verwurzelung zu vertiefen.

„Soziale“ und „produktive,, Projekte?

Nur unter dem Druck der Internationalen Währungsfonds (IWF) berichtete die Zentralbank von Nicaragua über einige Verwendungen der Mittel aus der Zusammenarbeit mit Venezuela in 2010 und 2011, die ihr die Regierung übermittelt hatte. Durch diese Information wissen wir, dass die Regierung in diesen zwei Jahren entschied, Teile der aus Venezuela stammenden Mittel bei nationalen Banken zu deponieren: 222 Millionen US-Dollar im Jahre 2010 und 116 Millionen US-Dollar in 2011. Für 2012 gibt es keine Daten. Klugheit und Vorsorge angesichts dessen, was in Venezuela geschehen könnte?

Die Zentralbank informierte auch über einige der „sozialen und produktiven“ Investitionen, welche die Regierung gemäß des ALBA- Abkommens mit den venezolanischen Mitteln tätigte. Schaut man sich im Einzelnen an um welche Projekte es sich handelt, bemerkt man, dass es sich im Wesentlichen um Subventionen handelt. Darunter ragen Subventionen für den öffentlichen Personenverkehr in Managua hervor, wo die Regierung über sieben Jahre hinweg den Fahrpreis durch einen Zuschuss von 50 Centavos pro Fahrschein bei zwei Cordobas gehalten hat. Um für 160.000 öffentliche Bedienstete die geringen Gehälter aufzubessern, hat die Regierung im gleichen Zeitraum diesen einen „Solidaritätszuschlag“ von monatlich 30 US-Dollar gezahlt. Diese Subventionen machen ein Drittel der für „soziale Projekte“ bestimmten Mittel aus, was hinsichtlich der Verwendung der großzügigen venezolanischen Hilfe alarmierend ist: man investiert geliehenes Geld in Subventionen, was Schulden erzeugt, die Nicaragua wird bezahlen müssen.

Genauso sehen wir bei Investitionen der Regierung in „produktive Projekte“, wie beispielsweise das Projekt das sich „Finanzierung der energetischen Souveränität“ nennt, dass es sich dabei um nichts anderes als um eine Subventionierung der Tarife für jene handelt, die nicht die vollen Kosten bezahlen, und dies sind 80% der Verbraucher. Diese Subvention stellt in den erwähnten zwei Jahren durchschnittlich ein Drittel der gesamten für „produktive“ Investitionen zugeordneten Mittel dar.

3) ALBA –CARUNA ist eine ländliche Kreditbank

Steuergerechtigkeit?

Es sind die offiziellen Daten die uns zeigen, dass man die millionenschwere venezolanischen Kooperation die uns zu günstigen Bedingungen erreicht, nicht vorrangig in Humankapital, produktive Projekte und Infrastruktur, die Nicaragua eine größerer Fähigkeit garantieren würden, diese Kredite zurückzuzahlen, benutzt, sondern dazu, laufende Ausgaben zu bestreiten. Diese könnten aber aus dem Haushalt mit Mitteln finanziert werden, welche die Regierung aus dem Steueraufkommen bestreiten könnte, würde sie sich entscheiden, die Steuern auf gerechte Art und Weise zu erheben, in dem sie von denjenigen mehr verlangt, die mehr verdienen und das Steuersystem von Steuerbefreiungen und –erlassen befreien, welche die Größten und Rentabelsten begünstigen.

Und so haben die venezolanischen Gelder auch dazu gedient, die Allianz zwischen Ortega und dem nicaraguanischen Großkapital aufrecht zu erhalten. Die Ende 2012 verabschiedete und schon in Kraft befindliche Steuerreform setzt die Ungleichheit und Ungerechtigkeit die für unser Steuersystem kennzeichnend waren, fort. Die unternehmerische Elite konnte sich wie immer durchsetzen und unter anderen beginnende Unsicherheiten - die globale wirtschaftliche Lage, die europäische Krise, die Notwendigkeit Investitionen anzulocken – erreichte sie eine Reform mit der die wirtschaftlich Größten weiterhin keinen gerechteren Steuerbeitrag zum Staatshaushalt leisten. (Skandalöse Einzelheiten darüber, wie die Reform und ihre unbilligen Ergebnisse verhandelt wurden, veröffentlichte ENVIO in seinen Ausgaben vom November und Dezember 2012)

Für wen setzt die Morgenröte der ALBA ein?

Ende Januar 2013 sagte Daniel Ortega beim Treffen der Europäischen Union mit der Gemeinschaft der lateinamerikanischen Staaten und der Karibik (CELAC Comunidad de Estados Latinamericanos y del Caribe), dem wichtigen und neuartigen von Präsident Chávez angestoßenen regionalen Integrationsprojekt, dass das Erdöl aus dem Petrocaribe- Abkommen, das er in Nicaragua seiner Basis gewöhnlich als „großzügige Zusammenarbeit“ mit Venezuela präsentiert, nicht geschenkt ist, sondern öffentliche Schulden erzeugt. Die bei der venezolanischen Erdölgesellschaft PDVSA angehäuften Schulden sind schon jetzt beachtlich.

Über die ALBA- Projekte in Nicaragua behauptete Ortega dass diese sich auf „Gerechtigkeit, Zusammenarbeit und Ergänzung“ gründen und in den ALBA angeschlossenen Ländern diese Initiative Projekte fördert, „ die darauf gerichtet sind, deren kleine Wirtschaftsunternehmen zu dynamisieren, damit sie aus der Armut herauskommen“. Trifft dies auf Nicaragua zu? Für wen bedeutet vorzugsweise ALBA die Morgenröte?

Außer den Subventionen welche die Ärmsten begünstigen, außer dem Projekt „Häuser für das Volk“, finanziert mit venezolanischem Geld und anderen Projekten dieser Art, hat das ALBA- Projekt dazu gedient, die Gewinne der traditionellen Unternehmen des nationalen Großkapitals zu erhöhen, die durch Nahrungsmittlexporte nach Venezuela, die immer über ALBANISA, ein von der Regierungspartei privatisiertes Unternehmen laufen, bevorzugt sind.

Strategische Geschäfte

Genährt durch venezolanische Finanzmittel hat ALBANISA der Unternehmergruppe innerhalb der FSLN auch ermöglicht, große Investitionen zu tätigen. Mit Aktien und über Dritte agierend, oder sichtbar als Eigentümer auftretend, haben jene die heute die Regierungspartei kontrollieren, auf den Energiesektor und die Telekommunikation als strategische Bereiche gesetzt, in denen sich ihr neues Kapital konzentriert. Außer dass sie sich für andere mittlere Geschäfte interessieren, zielen sie auf große: sie haben Fernsehkanäle, nationale und lokale Radiosender, sowie Werbeagenturen gekauft. Oder sie sind präsent oder werden „vertreten“ in millionenschweren Projekten für erneuerbare Energien – Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme - und auch traditionelle Energieerzeugung durch Ölverbrennung.

Im Januar entschied das transnationale Unternehmen Gas-Natural-Fenosa, sich aus Nicaragua zurückzuziehen, einem Land das weiterhin zu 70% vom Erdöl abhängig ist, trotz der bedeutenden Anstrengungen der Regierung Ortega das zu ändern, Anstrengungen die keine vorherige Regierung je gemacht hat. Außerdem ist in Nicaragua das Versorgungsnetz veraltet und die Verbraucher jeder Größenordnung praktizieren einen dauernden Betrug, der schwierig zu kontrollieren ist. Dies hat die Tarife des transnationalen Unternehmens erheblich verteuert, so dass die Regierung die Mehrheit der Verbraucher subventionieren musste.

Mit dürftigen Informationen darüber wer die Aktien von Gas-Natural-Fenosa kaufen wird, scheint es so, dass ALBANISA das Problem übernehmen und sich in dieses wenig rentable Abenteuer stürzen wird, womit sich monopolartig der in den Händen der Unternehmergruppe in der FSLN liegende Kreis Energieerzeugung – Energieverteilung - schließen würde.

Eine verlorene Gelegenheit

Im Monat Oktober 2012 veröffentlichte ENVIO eine Zusammenfassung der von Gloria Carrion Fonseca durchgeführten Untersuchung über den Werdegang des ALBA Projektes in Nicaragua. Die Daten sind beredt, die Schlussfolgerungen alarmierend. Wir wiederholen hier noch einmal die letzten Sätze dieses Textes, der besonders in diesem Augenblick der Unsicherheit an Bedeutung gewinnt.

"ALBA stellte und stellt noch immer für Nicaragua eine große Chance dar. Der bevorzugte Zugang zu Erdöl, die Möglichkeiten die der venezolanische Markt bietet, und die finanziellen Mittel, die, wenn sie sozialen und wirtschaftlichen Projekten zufließen, das Potenzial haben, die harte Wirklichkeit der Mehrheit der Nicaraguaner zu verändern, sind einige der wichtigsten Eckpfeiler dieses Abkommens.

Zweifellos haben soziale Projekte der gegenwärtigen Regierung, wie "Häuser für das Volk" wirtschaftlich vielen Familien Erleichterung verschafft. Aber die Zahl der Häuser die man baut ist begrenzt und die Reichweite von Projekten dieser Art, die auch wirtschaftliche, soziale, strukturelle und verändernde Wechsel erzeugen, müssen das Ausmaß der venezolanischen Zusammenarbeit berücksichtigen. Die Richtungsänderung bei der Einführung von ALBA, hat die sozialen Bewegungen, die Gemeindeverwaltungen und die Kooperativen bei politischen Entscheidungen verdrängt und markiert ein "Vorher und" ein "Nachher.

Diesem strategischem Wechsel folgten zwei Dynamiken, die ALBA "entblößten": sie verstärkten das Bündnis zwischen Regierung und dem traditionellen privaten Sektor und ließen eine neue, wirtschaftlich mächtige Gruppierung auftauchen und sich konsolidieren, die eng mit der Regierungspartei verbunden ist. Keine dieser beiden Entwicklungen kam weder in den ursprünglichen Vorschlägen des ALBA-Projektes, noch bei den Zielen und der Rolle die diese Initiative verfolgte, vor. Wenn die eigentlichen Ziele von ALBA - Verringerung von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten und eine Veränderung der produktiven Strukturen des Landes - weiter unbeachtet bleiben, wird Nicaragua eine historische Chance verloren haben und Jahren des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rückstandes anheimfallen"

Die heftige venezolanische Krise

Die Anfänge der Unsicherheit die man heute in Nicaragua erfährt, haben mit den wirtschaftlichen Grundlagen der politischen Ungewissheit der Zeit nach Chávez zu tun.

Die ökonomische Lage von Venezuela ist für die politischen Erben von Chávez, Nicolás Maduro und seine Gruppe, nicht leicht zu lösen. Die Verschwendung bei den öffentlichen Ausgaben, die während des Jahres 2012 Chávez die Wiederwahl sicherte, erhöhte 2012 nach Angaben des venezolanischen Forschungsinstitutes "Ecoanalitica" das fiskalische Defizit auf die bedeutende Zahl von 16% des BIP.

Um diesen "fiskalischen Abgrund" zu mildern, hat die bolivarianische Regierung Geld ohne die entsprechende Deckung in Umlauf gebracht und damit eine Inflationsspirale und einen wachsenden Dollar-Schwarzmarkt in Gang gesetzt. Der Dollar ist im Verhältnis zum Bolivar auf dem Schwarzmarkt viermal mehr wert, als auf dem offiziellen Markt. Auf dem offiziellen Markt wird der Dollar streng kontrolliert und nach dem Ermessen der Regierung zugeteilt. Und um die Lage noch schwieriger werden zu lassen, ist bei Erdöl, dem Motor des Landes und des Projektes Chávez, der Preis hierfür auf dem internationalen Markt praktisch nicht gestiegen und Venezuela hat seine Erdölproduktion gedrosselt.

Wenn Maduro an der Spitze nachfolgt

Mit wenig Bewegungsspielraum scheinen in Venezuela drastische Anpassungsmaßnahmen dringend: Erhöhung der Steuern und Verringerung der öffentlichen Ausgaben, Abwertung des Bolivar; größere Kontrolle US-amerikanischer Devisen...dies aber alles ohne Chávez an der Spitze. Maduro fürchtet, dass diese Anpassungen unpopulär sein werden und größerer Unterversorgung als diejenige die schon besteht, verursachen könnten.

Jeden Tag versuchen Maduro und andere Führer der PSUV 4) die Beklemmung und Unsicherheit wegen der Erkrankung von Chávez zu beschwichtigen, weichen den wirtschaftlichen Problemen aus und schieben die zunehmende Knappheit an Grundprodukten auf die Spekulanten und warnen diese, dass sie mit dem "Feuer spielten."

Ab dem 8. Dezember setzte der Übergang ein, und die Informationen über den Gesundheitszustand von Chávez und andere Reden scheinen davon geleitet zu sein, Zeit bis zur Konsolidierung der Verfassungs- und Wahlregeln zu gewinnen, die Maduro den Wechsel ermöglichen und die Fortsetzung des chavistischen politischen Projektes sicherstellen

4) PSUV = Partido Socialista Unido de Venezuela / Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas

Wenn in der Nach-Chávez-Zeit die PSUV mit Maduro an der Spitze die Regierung stellt, ist das voraussichtlich nicht das Ende der venezolanischen Zusammenarbeit, nicht plötzlich und nicht kurzfristig. Aber ein Land mit einer wirtschaftlichen Krise und Anpassungsmaßnahmen um diese zu lösen, machen es wahrscheinlich, dass die Zusammenarbeit nicht mehr so großzügig sein und die vorteilhaften Zahlungsbedingungen aus dem Ölabkommen sich ändern könnten. Das wird in hohem Maße davon abhängen, wie man die Widersprüche innerhalb der PSUV löst, in der sehr unterschiedliche Tendenzen, ein Fächer von Interessen und eine gute Handvoll Bestrebungen nach Macht und Geld aufeinandertreffen. Selbstverständlich könnte jede Großzügigkeit gestrichen werden, wenn die venezolanische Opposition an die Regierung kommt.

Das gleiche Engagement?

Die Kommunikationsstrategie in der venezolanischen Übergangsphase legt Nachdruck auf die Fortsetzung des politischen Projekts von Chávez und befeuert damit eine Art "Religion", die, wie alle Religionen Dogmen, Gebote, Vermittler und Riten hat und ökonomische Aspekte außer Acht lässt oder simplifiziert.

In diesen kritischen Augenblicken ist diese Kommunikationsstrategie von Aram Aharonian, dem Gründer von Telesur in Frage gestellt worden: "Trotz des Wirtschaftswachstums und der niedrigen Arbeitslosenquote, bleiben Knappheit und Inflation besorgniserregend. Die Erklärung, dass dies Folgen von Spekulation seien, ist weder zufriedenstellend noch ausreichend, wenn man nicht gleichzeitig versucht, die niedrige Produktivität zu korrigieren und in irgendeiner Form den unternehmerischen Druck abgrenzt, Gewinne außerhalb des Landes zu erzielen, was einen galaktischen Parallel-Dollar aufrechterhält, ohne die Kapitalflucht zu beseitigen". Und er urteilt: "Dieser 8. Dezember begann, ohne dass dies jemand angeordnet hätte, ein neues Venezuela, das die Lage extremer Gemütsbewegungen und den Ausfall kritischen Urteilsvermögens überwinden muss".

In einer Situation intensiver Gemütsbewegungen, ohne kritisches Urteilsvermögen, in der sich die politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten hinziehen können, andere Länder so großzügig, so verschwenderisch zu subventionieren, könnte bei der venezolanischen Bevölkerung nicht gut ankommen und die Akzeptanz der Regierung abnutzen lassen, die nicht nur durch die Opposition unter Druck geraten könnte - nach dem Motto "Richtig verstandene Wohltätigkeit beginnt zu Hause" - , sondern auch durch die Leute seiner eigenen Partei.

Maduro verfügt nicht über die Führungseigenschaften von Chávez und wenngleich er die Hauptrolle bei den internationalen Beziehungen spielte und obwohl er am 9. Januar in Caracas "neue Formeln" und "neue Mechanismen" zur Fortentwicklung des ALBA-Projektes ratifizierte, stellt sich die Frage, ob er inmitten so vieler politischer Widersprüche und wirtschaftlicher Herausforderungen das gleiche Engagement für Nicaragua übernehmen kann wie Chávez?

Der Wirtschaftsberater von Ortega, Bayardo Arce, hat keine Zweifel daran, dass man das gleiche Engagement aufrechterhalten wird: " Vizepräsident Maduro kennt die Zuneigung, die Präsident Chávez für Nicaragua hegt, deshalb zweifeln wir nicht daran, dass die Zusammenarbeit mit Nicaragua in gleicher Weise weitergehen wird".

Was wird geschehen?

Wenn sich die Bedingungen des Abkommens verändern würden, hätte die Regierung Ortega Schwierigkeiten, weiterhin die Subventionen sicherzustellen, mit denen es gelang, soziales Unbehagen zu neutralisieren. Mit welchen Ressourcen kann sie das fortsetzen?

Könnte sie darauf zurückgreifen, von den unternehmerischen Eliten die Steuern zu nehmen, die sie entschieden hatte weiterhin zu entlasten, damit sie die Proteste dämpfen kann, die mit der Beendigung der Subventionen entstehen würden? Möglicherweise, denn vorsorglich hat die Regierung in der jüngst verabschiedeten Steuerreform einen Vorbehalt eingefügt: völliger Ermessensspielraum um von Fall zu Fall zu untersuchen, Steuererleichterungen aufrecht zu erhalten oder zu streichen.

Würde sich die Lage mit Venezuela ändern, wäre auch die durch den neuen Markt den Caracas geöffnet hat, die so begünstigte nicaraguanische Unternehmerelite betroffen. Bis heute hat die Großzügigkeit von Chávez ihnen soziale Stabilität, weniger Forderungen, weniger Proteste sichergestellt, denn die Regierung subventionierte, schenkte und erleichterte, weil Venezuela kaum Lebensmittel für seine Bevölkerung produziert und ihre Unternehmen produzieren sie. Die Unternehmer der nicaraguanischen Unternehmerverbandes COSEP (Consejo Superior de la Empresa Privada) hatte bereits gefordert, dass die Beziehungen Nicaragua-Venezuela in ein Freihandelsabkommen oder etwas Vergleichbares überführt werden sollten. Aber die Regierung ist darauf nicht eingegangen. Der Wirtschaftsberater von Ortega, Bayardo Arce, hielt diese Forderung angesichts der Erkrankung von Chávez für eine "Geschmacklosigkeit".

Für den Ökonomen Néstor Avedaño wäre die wesentlichste Auswirkung einer empfindlichen Verringerung der venezolanischen Zusammenarbeit "der Verlust der makroökonomischen Stabilität, denn Nicaragua könnte die

internationalen Brottreserven über die es heute verfügt, nicht aufrechterhalten, und es würden die Gespenster einer hohen Inflation und Spekulationen auf dem Wechselmarkt auftauchen, mit der Folge einer Entmutigung für ausländische Direktinvestitionen und nationale Investitionen.

Die gleiche Selbstgefälligkeit?

Ist die Regierung auf ein Szenario vorbereitet, in dem sie die Öl-Rechnung unter zwingenden Bedingungen bezahlen muss: nicht mit einer Frist von 25 Jahren wie jetzt, sondern innerhalb von 90 Tagen?

Dionisio Marengo sagte im November 2011 gegenüber ENVIO, nach der Wiederwahl von Ortega und als wir noch nichts von der Krebskrankung Chávez' wussten: "Heute befindet sich die Regierung in einem Augenblick enormer Trägheit. Voll großer Kraft und triumphalistischem Geist. Aber das kann sich von einem Moment auf den anderen ändern. In Nicaragua können wir jeden Augenblick in eine Wirtschaftskrise eintreten, wenn sich die politischen Bedingungen bei unserer Schwester Venezuela ändern. Eine Sache ist Nicaragua mit Venezuela, eine andere ist Nicaragua ohne Venezuela. Und ich spreche nicht von der Regierung der Frente Sandinista ohne Venezuela, sondern von Nicaragua, dem gesamten Nicaragua. Wenn die venezolanische Zusammenarbeit beendet ist, das Ölabkommen, dann unser nächstes Zusammentreffen im Innenhof stattfinden, weil es hier drinnen kein Licht mehr geben wird. Die solidarische Zusammenarbeit die uns ALBA zukommen lässt, ist größer als die gesamte Zusammenarbeit, die uns die Vereinigten Staaten und die Europäische Union gewährt. So einfach ist das. Es sind annähernd jährlich eine Milliarde US-Dollar, die uns das benötigte Öl kosten würde. Eine Milliarde US-Dollar, die Nicaragua nicht hat".

Gibt es einen Plan B?

Hat Ortega, um Subventionen und andere Geschenke weiterhin leisten zu können, deshalb das venezolanische Geld auf den Banken deponiert? Wird er vom Großkapital höhere Steuern fordern und Steuererleichterungen streichen? Wird er den Umfang der Pfründe mit denen er während der sechs Jahre seiner Regierung so viele Leute an sich gebunden hat, aufrechterhalten können? Sucht Ortega schon in Kontinental-China den Plan B wie einige sagen und das mit den jüngsten Geschäften mit China im Bereich Telekommunikation (Fernmeldesatellit, Telefonie) und den sehr phantasievollen Projekten, wie dem interozeanischen Kanal, begründen, Geschäfte, an denen die Präsidentenfamilie aktiv beteiligt ist.

Diese Unsicherheit - die über Monate anhalten kann, bis das sich die Dinge in Venezuela nicht nur klären, sondern bis das sie sich eindeutig konsolidieren, trifft die Regierung in einer weiteren Unsicherheit. Davon ist ein guter Teil der nicaraguanischen Bevölkerung betroffen, handelt es sich doch um die Reform der Sozialversicherung, eine Bedingung die der Internationale Währungsfond im Zusammenhang mit einem Dreijahresplan der Regierung gestellt hat. Das wird Ortega gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen und anderen Organen der internationalen Zusammenarbeit die Kredite bewilligen, als Bürgschaft dienen und den privaten Investoren, sowohl internationalen als auch nationalen, Vertrauen in das Land gewährleisten.

Die beginnende Unsicherheit fällt auch zusammen, mit dem Fallen der internationalen Preise für unserer Exporterzeugnisse, besonders beim Kaffee, wo außerdem noch die eine grassierende Pflanzenkrankheit hinzukommt (La Roya), die in einem großen Teil der Pflanzungen der Region, auch in denen Nicaraguas, wütet.

Die gleiche Kurzfristigkeit?

Die Regierung hat Gründe, beunruhigt zu sein. Aber wenn Nicolás Maduro den Übergang bekräftigt und danach die Wahlen gewinnt - das wahrscheinliche Szenario in Venezuela und für Ortega das bestmögliche - werden sich die wirtschaftlichen Spielräume für die Regierung der FSLN verringern, so wird es aber doch nicht zur Katastrophe kommen.

Dann wird die fest verwurzelte Kurzfristigkeit welche die nationale Politik kennzeichnet, vorherrschen. Und es ist wahrscheinlich, dass die Regierung versucht Zeit zu gewinnen und mit kurzfristig angelegten Lösungen der Herausforderungen der Sozialversicherung, mit Flickschusterei, begegnen und den Problemen nicht auf den Grund gehen wird. Es ist das, was Gewerkschaftsabgeordnete der FSLN und dem Präsidentenpaar nahestehender Wortführer, Gustavo Porras, zu verstehen gab, als er bekräftigte, dass man jetzt keine Szenario diskutieren müsse, was bis zum Jahre 2021 nicht einträte. Aber alle Untersuchungen bestätigen, dass beginnend mit diesem Jahr in kaum acht Jahren die Sozialversicherung nicht die Pensionszahlungen wird decken können, deren Ansprüche heute aus den Einkommen der Beitragszahler entstehen.

Der Ökonom Adolfo Acevedo von der Coordinadora Civil warnt, dass ohne fundamentale Veränderungen die finanzielle Nachhaltigkeit das Problem, weit davon entfernt sich von selbst abzuschwächen, sich mit der Zeit mehr und mehr zuspitzen wird, weil die Zahl der Pensionsbezieher überproportional im Vergleich zu der Zahl der aktiven Beitragszahler wachsen wird.

Der strukturelle Hintergrund für das Zusammenbrechen der Sozialversicherung ist eine Wirtschaft, die keine formale Beschäftigung mit guten Löhnen aus denen Versicherungsbeiträge bezahlt werden hervorbringt, sondern prekäre, informelle Arbeit für Leute, die keine Beiträge bezahlen können. Die Möglichkeit sich diesem Hintergrund zu stellen wäre - so ergänzt Acevedo - "dass von jetzt an das Land einen geradezu monumentalen Kraftakt zur Veränderung seiner Wirtschaft und Gesellschaft machen würde". Und gemeinsam mit dem Chor vieler anderer Stimmen erklärt er die Dringlichkeit, gezielt und massiv in die Verbesserung der Bildungsqualität zu investieren: "Der Kern dieser Veränderung wäre es zu erreichen, dass die zwei Millionen Jugendlichen, die in den nächsten 15 Jahren ins arbeitsfähige Alter eintreten Arbeit und Erwerbstätigkeit in immer qualifizierteren produktiven Sektoren finden würden und dafür angemessen ausgebildet wären, um diese Arbeitsplätze ausfüllen zu können".

Schwäche und Unzufriedenheit

Bei der Regierung nimmt man nicht den politischen Willen wahr, diese Möglichkeit zu verwirklichen und substanzielle Investition in Bildung vorzunehmen, um den Kurs zu ändern. Nicht einmal bei den organisierten Oppositionsparteien sieht man eine Kraft die sich verpflichtet fühlen würde, das zu ändern. Die Regierung ruht sich in aller Gelassenheit auf ihren Lorbeeren und der Schwäche der Oppositionsparteien aus.

Die letzte Umfragen (M&R und Cid-Gallup) zeigen eine enorme Schwäche der Oppositionsparteien, die nicht einmal die Sympathie von 10% der Befragten erlangen. Diese Schwäche dämpft in hohem Maße die Unsicherheit der Regierung. Trotzdem könnte sich die Regierung auf ein Nach-Chávez Szenario mit einer größeren verfassungsmäßigen Legitimität vorbereiten. Sei es dadurch, dass sie mit einem Teil der PLI (Partido Liberal Independiente, Liberale Unabhängige Partei) über die Wahl und Ernennung von 40 hohen Funktionären, deren Ämter auslaufen aber die darin verbleiben könnten, verhandeln würde. Außer dass er damit sein verfassungsmäßiges Ansehen verbessern könnte, hätte diese Verhandlung für Ortega den zusätzlichen Nutzen, die Teilung innerhalb der politischen Opposition noch zu vertiefen, eine von der FSLN immer bevorzugte Strategie.

Es gibt eine andere Opposition, die man nicht den Parteien zuschreiben kann. Es ist jene, die Dora Maria Téllez ⁵⁾ in einem nachfolgenden Text in einem sogenannten "unterirdischem Strom" verortet, wo sich die Unzufriedenheit aufstaut, die in großen Teilen der Bevölkerung entsteht, weil sie sich von der Regierung als Objekte der Bedürftigkeit und nicht als Subjekte mit Möglichkeiten behandelt fühlt. Eine Bevölkerung, die Téllez als "erschöpft" beschreibt, "weil die Regierung sie zwingt Dinge gegen ihren Willen und gegen ihr Gewissen zu tun". Dies Unzufriedenheit kennt auch die Regierung und bleibt deshalb besorgt, obwohl sie das nicht äußert und obwohl Umfragen das nicht zum Ausdruck bringen.

Aus Prinzip und auf lange Frist

Den Monat Januar hindurch übernahmen stufenweise die neugewählten Bürgermeister ihre Ämter; Dutzende gegen den Willen der FSLN-Basis durch einen Fingerzeig Ortegas erzwungen, andere von der Wahlbehörde durch Betrug bestimmt, andere Gewinner eines ehrlichen Wettbewerbs. Während der nächsten vier Jahre wird man in den Gemeinden ihre Amtsführung nach diesem neuen Schritt der Regierung zu mehr Machtkonzentration zu bewerten haben.

Aus Anlass des Regierungswechsels in den Bürgermeistereien von Ciudad Dario und Nueva Guinea, beide von Wahlbetrug betroffen und in denen es bei der Verteidigung der wahren Wahlergebnisse zwei Tote, Verletzte, Gewalttätigkeiten und Festnahmen gab, nahm man ein neuartiges politisches Verhalten wahr. In Ciudad Dario "übernahm" Edgar Matamoros das Amt, was ihm vor der Bevölkerung die für ihn gestimmt hatte, entzogen wurde. Matamoros und die zwölf Stadträte der PLI, die der Betrug ihm noch ließ, verweigerten es, sich in die Bürgermeisterei zu integrieren, die von der FSLN regiert werden wird.

Matamoros sagte, dass er sich alle drei Wochen zu einer Stadtratssitzungen versammeln würde, dass er seine Regierungspläne vorwärtsbringen würde und sogar erwartete, die Gemeindesteuern einzuziehen. Mit Haltung bekräftigte er, dass er aus Ciudad Dario "ein Beispiel der Würde" machen möchte, "einen Spiegel, in den andere Politiker schauen könnten". "Aus Gründen der Moral kann ich mich nicht, als vom Volk zum Bürgermeister gewählt, selbst erniedrigen, nur einen Sitz als Gemeinderat einzunehmen. Das hieße dem Volk zu sagen, ich hätte keine Prinzipien", erklärte er. Ohne in seiner Partei, der PLI, ein Echo zu erzielen, bestand Matamoros darauf, dass kein Oppositionspolitiker ein öffentliches Amt übernehmen dürfe, das die Regierung Ortega legitimieren würde. Und er bat diejenigen, die schon ein Amt übernommen hatten, dass sie zurücktreten sollten.

⁵⁾ Dora Maria Téllez, 1955 in Matagalpa geboren, ist Historikerin und Politikerin. Sie kämpfte als Guerilla in den Reihen der Sandinisten und war während der Revolution an der Besetzung des Nationalpalastes beteiligt. Sie hat die FSLN verlassen und gehört heute der MRSN, der Bewegung zur Erneuerung des Sandinismus an.

Denis Obando , wiedergewählter Bürgermeister von Nueva Guinea, auch durch Wahlbetrug um dieses Amt gebracht, weigerte sich ebenfalls, nur einen Sitz als Stadtrat zu übernehmen, was dem Gesetz entspräche. Bevor er das Bürgermeisteramt aufgab, empfing er von der zivilen Organisation Ethik und Transparenz (Ética y Transparencia) für seine transparente, dezentralisierte und partizipative Amtsführung eine Anerkennungsmedaille als bester Bürgermeister Nicaraguas in der Periode 2008 bis 2012. Als man ihn fragte, wie sich das Volk gegenüber der gegenwärtigen Regierung verhalten sollte, sagte er: " Auf zivilisierte Weise bleibt kein Mittel, dass mit Vernunft auf ein autoritäres System einwirken kann. Zivilisierte Aktionen bringen ein Ergebnis, wenn man es mit einem Regierenden von zivilisierter Denkart zu tun hat...Das was uns erwartet ist sehr groß. Auf zivilisierte Art und Weise sehe ich auf mittlere Sicht keine Möglichkeiten".

Je größere Bestimmtheit man sucht...

In der Quantenmechanik begründet die Unschärferelation die Unmöglichkeit, dass zwei komplementäre Eigenschaften eines Teilchens nicht gleichzeitig beliebig genau bestimmbar sind. Und sie begründet, dass mit je größerer Bestimmtheit man die Position eines Materieteilchens sucht, um so weniger man das Quantum seiner linearen Bewegung und damit seine Geschwindigkeit kennt.

Übertragen auf die nationale Politik ist es die Unschärferelation, die heute bestimmte Teile von Projekten, sowohl denen der Regierung und ihrer Verbündeten, als auch denen der Opposition - der organisierten und auch nicht organisierten - in Mitleidenschaft zieht und die noch nicht genau ihre Zukunft kennen. Und mit je mehr Bestimmtheit wir suchen Positionen, Bewegungen und Geschwindigkeiten zu bestimmen, um so mehr Unsicherheiten bleiben uns. Auf mittlere und lange Sicht, oder auch kurzfristig, werden wir mehr wissen.

Dieser Artikel erschien in der Januar-Februar Ausgabe 2013 der Monatszeitschrift ENVIO der Universidad Centroamericana (UCA) in Managua, Nicaragua

Übersetzung: Herbert Löhr, 14.04.2013
Haus unterm Regenbogen
Herrlingen